

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 23. September 1984*

---

*\*Analyse de la votation fédérale du 23 septembre 1984*

---

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Atom-Initiative .....	45.0 %	55.0 %
Energie-Initiative .....	45.8 %	54.2 %
Stimmbeteiligung 41.7 %		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984 / Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in der deutschen und französischen Schweiz .....	3
1 Stimmbeteiligung und Mobilisierung .....	3
2 Stimmverhalten bei der Atom- und Energie-Initiative .....	6
2.1 Vergleich des Stimmverhaltens zwischen den beiden Vorlagen .....	6
2.2 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen .....	7
3 Elemente der Meinungsbildung bei beiden Vorlagen .....	12
3.1 Spontan genannte Entscheidmotive .....	12
3.2 Gewichtung wichtiger Argumente der Initianten und ihrer Kontrahenten .....	15
4 Einstellungen zu Energie-Sparmassnahmen .....	20
4.1 Politische Verantwortlichkeit .....	21
4.2 Sparmassnahmen im Elektrizitätsbereich .....	22
4.3 Subventionen und Steuern .....	22
5 Einstellungen zur Kernenergie .....	26
Zusammenfassung der Hauptergebnisse .....	29
* Récapitulation des résultats principaux .....	30

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate

	Atom- Initiative (Ja in %)	Energie- Initiative (Ja in %)	Stimm- beteiligung (in %)
CH .....	45.0	45.8	41.7
ZH .....	41.6	44.8	46.9
BE .....	42.5	43.9	40.1
LU .....	45.4	45.8	44.5
UR .....	44.3	44.6	43.6
SZ .....	43.3	41.5	38.3
OW .....	48.0	45.1	40.8
NW .....	43.1	41.9	45.1
GL .....	43.7	41.6	43.7
ZG .....	39.5	40.4	50.9
FR .....	43.1	41.9	30.5
SO .....	41.5	40.6	49.1
BS .....	74.4	71.1	51.0
BL .....	65.8	62.1	53.3
SH .....	40.8	42.7	73.2
AR .....	39.8	40.0	46.6
AI .....	36.0	35.5	40.8
SG .....	40.2	40.5	45.1
GR .....	42.6	42.3	38.4
AG .....	31.4	32.1	41.7
TG .....	33.8	34.7	42.2
TI .....	53.7	55.5	35.0
VD .....	50.5	52.3	33.4
VS .....	34.5	34.5	29.2
NE .....	50.2	51.5	33.8
GE .....	56.5	57.7	32.5
JU .....	54.5	53.6	31.1

# Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984

Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz

Am 23. September 1984 wurde über zwei Energie-Vorlagen mit weitreichenden Konsequenzen abgestimmt. Einig waren sich die tief gespaltenen Lager für und gegen die Atom- und die Energie-Initiative darin, dass die Abstimmungsthematik auch nach dem Urnengang in der einen oder andern Weise von politischer Bedeutung bleiben werde.

Die Volksabstimmung mit den vergleichsweise relativ knappen Resultaten hat bezüglich der beiden Volksbegehren einen Entscheid gefällt, ohne alle anstehenden Fragen einer zukünftigen Energiepolitik zu klären. Diese Antworten zu finden, wird in naher Zukunft die Aufgabe der politisch Verantwortlichen sein.

Für uns war diese Ausgangslage Grund genug, eine ausgedehntere Untersuchung im Rahmen der VOX-Analysen zu starten. Der vorliegende Bericht beinhaltet zwei thematische Schwerpunkte:

- Erstens wird das Abstimmungsergebnis in dreierlei Hinsicht analysiert: Wer beteiligte sich am Urnengang (Kapitel 1)? Welche Konfliktlinien unter den Urnengängern sind in der aktuellen Energiepolitik von Bedeutung (Kapitel 2)? Wie lassen sich Befürworter und Gegner der Initiativen hinsichtlich ihrer individuellen Meinungsbildung beschreiben (Kapitel 3)?
- Zweitens wird versucht, einige Grundhaltungen zu aktuellen energiepolitischen Kontroversen zu erörtern: Welches sind die Einstellungen zu ausgewählten Forderungen des Energiesparens (Kapitel 4)? Wie sind die Einstellungen zur Kernenergie gegenwärtig verteilt (Kapitel 5)?

## 1) Stimmbeteiligung und Mobilisierung

Wie die VOX-Analysen der eidgenössischen Urnengänge mit grosser Konstanz ergeben, bezeichnet sich rund ein Drittel (aktuell: 31 %) der stimmberechtigten Bevölkerung als regelmässige Urnengänger bei Sachabstimmungen. Die verbleibenden zwei Drittel sind in ihrer Mehrzahl gelegentlich teilnehmend, in der Minderzahl völlig unpolitisch. Jene machen den Gang zur Urne von den jeweiligen Umständen abhängig: Sie richten sich nach der wahrgenommenen Betroffenheit, dem Profil ihrer persönlichen Meinungsbildung oder weiteren Faktoren.

Dadurch verändert sich der *Stimmkörper* quantitativ von Fall zu Fall, meist ohne grosse Differenzen in seiner qualitativen Zusammensetzung aufzuweisen. Bei der vorliegenden Abstimmung war der Anteil Urnengänger mit 41,7 % wenig aufsehenerregend, liegt er doch im Mittel der vergangenen Jahre. Die Nachanalyse bestätigt die seit dem Abstimmungs-

wochenende bekannten Abweichungen entlang der Sprachgrenze, relativiert aber ihre Bedeutung (vgl. *Tabelle 2*): Am stärksten differieren die Teilnahmequoten hinsichtlich der sozioökonomischen Hintergrundsmerkmale. Nimmt man die letztbesuchte Schule als Indikator, so ergeben sich zwischen den Absolventen einer Sekundarschule ohne Weiterbildung und den Abgängern eines Gymnasiums oder eines universitären Bildungsganges Beteiligungsunterschiede von 31 %! Bei der beruflichen Stellung finden sich die Extreme bei den selbständig Erwerbenden einerseits (11 Prozentpunkte über dem gesamtschweizerischen Schnitt) und den einfachen Angestellten andererseits (—13 %).

Erwähnenswert sind die Differenzen zwischen den Altersgruppen, weil sie im vorliegenden Fall ausgesprochen gering sind. Entgegen der normalen Verteilung bei Sachabstimmungen, beteiligten sich die Altersgruppen unter 40 Jahren diesmal relativ häufig. Sie blieben nur unwesentlich unter dem Schnitt. Im bekannten Rahmen bewegt sich die Differenz zwischen den Geschlechtern.

Schliesslich muss auch auf die Bedeutung der Parteisympathien hingewiesen werden. Es ist eine bekannte Erscheinung, dass bürgerliche Sympathisanten zu den regelmässigsten Urnengängern zählen. Nur gerade die SVP hatte am 23. September Mühe, ihre nähere Anhängerschaft über den Landesdurchschnitt zu mobilisieren. Wenig besser sind die Verhältnisse bei der SPS, während Stimmberechtigte, die überhaupt keiner Partei nahestehen, üblicherweise und auch im aktuellen Fall den grössten Anteil politisch Abstinenter kennen.

Nicht sehr aussagekräftig ist der Vergleich bei der *subjektiven Betroffenheit* durch die Vorlagen. Bei der Atom-Initiative äusserten 32 %, bei der Energie-Initiative 29 % der gelegentlich Teilnehmenden, stark angesprochen gewesen zu sein. Im Vergleich zu den beiden Vorlagen vom 20. Mai 1984 resultiert jedoch eine verhältnismässig hohe Betroffenheit. Damals betrug die Anteile 17 % (Banken-Initiative) resp. 10 % (Ausverkauf der Heimat)\*. Die Frage allerdings, ob eine der beiden Vorlagen mehr mobilisierte, wird man aufgrund der verfügbaren Informationen nicht schlüssig beantworten können.

Bei relativ hoher Betroffenheit hatten die Urnengänger eher Mühe, zu einem eindeutigen Entschluss zu gelangen: 59 % bei der Atom-Initiative und 57 % bei der Energie-Vorlage geben an, eher leicht schlüssig geworden zu sein. Mit anderen Worten: mehr als 2 von 5 Teilnehmern hatten *Entscheidungsschwierigkeiten*. Vergleicht man diese Werte wiederum mit den Zahlen der Abstimmung vom 20. Mai, wird der Eindruck bestätigt, die Vorlagen hätten subjektiv hohe Anforderungen gestellt. Damals nannten 73 % bei der Banken-Initiative und 68 % bei der Vorlage über den Ausverkauf der Heimat, beim Entscheid wenig Mühe gehabt zu haben.

Eine Voraussetzung, zu einem «Ja» oder «Nein» zu gelangen, ist der *Wissensstand*. Im Gedächtnis der Urnengänger haften blieb bei der Atom-Initiative primär die richtige Tatsache, dass bei einer Annahme keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden dürften (Erstnennung bei 73 % der Urnengänger). Die falsche Vorstellung, bestehende AKWs

\* Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1984, VOX-Publikation Nr. 22, Zürich 1984.

Tabelle 2 Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Abweichung zur ermittelten durchschnittl. Stimmbeteiligung in Prozentpunkten (effekt. Beteiligung 41.7 %) (N = Befragte)
Geschlecht :	Männer	(+ 8)
	Frauen	(−9)
Alter :	20–39jährige	(−4)
	40–64jährige	(+ 3)
	65jährige und ältere	(+ 1)
Ausbildung :	Primarschule	(−13)
	Sekundarschule	(−21)
	Berufsschule u.ä.	(+ 7)
	Gymnasium/Universität	(+ 10)
Berufliche Stellung :	Selbständige, leit. Angestellte und Beamte	(+ 11)
	Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung	(+ 8)
	Angestellte und Beamte in einfacher Stellung	(−13)
	Landwirte	(−4)
	Arbeiter	(−2)
	Hausbesitz :	Hauseigentümer
	Mieter/Pächter	(−3)
Siedlungsart :	Städtisches Milieu	(−1)
	Ländliches Milieu	(+ 1)
Landesteil :	Deutsche Schweiz	(+ 4)
	Welsche Schweiz	(−10)
Parteisympathie :	CVP	(+ 12)
	FDP/LPS	(+ 11)
	SVP	(−1)
	SPS	(+ 4)
	(LDU/EVP)*	(+ 11)
	(POCH/PDA)	(−1)
	(GPS)	(+ 1)
	(NA/Vigil.)	(−7)
Keine Parteisympathien	(−11)	
Total erhoben :		57 %

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

müssten abgestellt werden, nannten 12 % der Teilnehmenden. Rund ein Sechstel machte nur rudimentäre Angaben («eine Abstimmung über das Atom») oder war nicht in der Lage, mindestens einen Zweck der Vorlage zu nennen. Bei der Energie-Initiative können fast 80 % einen Inhalt beschreiben. Dabei steht die Assoziation «Förderung des Energiesparens» im Vordergrund (Erstnennung bei 43 % der Urnengänger); gefolgt wird sie von den Inhalten «Förderung von Alternativ-Energien» (20 %) und «Einführung einer neuen Energiesteuer» (10 %). Eine direkte Verbindung zur Kernenergie nennen nur 6 % der Urnengänger. Im Vergleich zum Energie-Artikel von 1983 kann ein verbesserter Informationsstand festgehalten werden.\*

Wenn bei der Energie-Initiative etwas mehr Befragte angeben, subjektive Entscheidungsschwierigkeiten gehabt zu haben, andererseits der Wissensstand eher besser ist, muss der Grund für die Mühe in der Bewertung der wahrgenommenen Inhalte vermutet werden.

## 2) Stimmverhalten bei der Atom- und Energie-Initiative

Beide Energie-Vorlagen wurden in der Volksabstimmung relativ knapp verworfen: Bei der Atom-Initiative ergaben sich 55.0 % Gegner, bei der Energie-Initiative 53.2 % ablehnende Urnengänger.

In unserer Befragung verweigerten 2 % die Aussage über ihr Stimmverhalten. Teilt man die antwortenden Urnengänger gemäss den effektiven Verhaltensmöglichkeiten auf, so ergeben sich die nachstehenden *erhobenen Anteile*:

● <i>Atom-Initiative:</i>	54.1 % Nein	45.4 % Ja	0.5 % Leer
● <i>Energie-Initiative:</i>	53.3 % Nein	46.2 % Ja	0.5 % Leer

Im Vergleich zu den effektiven Abstimmungsergebnissen ist unsere Befragung *sehr präzise*. Die Abweichungen bei den Nein-Anteilen sind unter einem Prozent. Zur Vereinfachung werden bei den folgenden Überlegungen die wenigen Urnengänger weggelassen, welche leer eingelegt haben. Damit wird bei beiden Initiativen mit Pro- und Kontra-Anteilen von 46 : 54 gearbeitet.

### 2.1 Vergleich des Stimmverhaltens zwischen beiden Vorlagen

Von speziellem Interesse ist jeweils die Frage, ob auf individueller Ebene das *Stimmverhalten* bei den vorgelegten Gegenständen unabhängig voneinander war oder nicht. Im Idealfall geht man davon aus, dass sich die Befürworter und Gegner der einen Vorlage zufällig auf

\* Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. Februar 1983, VOX-Publikation Nr. 19, Zürich 1983.

die Ja- respektive Nein-Stimmenden des andern Gegenstandes verteilen. Die vorliegende Abstimmung bildet dazu ein Gegenstück, gehörten doch beide Initiativen zum gleichen politischen Sachbereich, kannten beide Vorlagen eine ähnliche Entstehungsgeschichte, und wurden sie in der Propaganda auch häufig als «Zwillinge» empfohlen oder bekämpft. Schon das vergleichbare Abstimmungsresultat liess erahnen, dass von einer ähnlichen Entscheidung in beiden Fällen ausgegangen werden kann. *Tabelle 3* zeigt nun, wie dies im Einzelnen aussieht: Ausgangspunkt ist die Atom-Initiative. Jeweils 90% der Befürworter und Gegner hatten die gleiche Haltung auch bei der Energie-Initiative. Rund 10% der Urnengänger lehnten entweder die Atom- oder die Energie-Initiative ab, ohne beim andern Abstimmungsgegenstand gleich gestimmt zu haben.

Tabelle 3 Zusammenhang des Stimmverhaltens zwischen den Vorlagen

Energie-Initiative	Atominitiative	
	Ja	Nein
Ja .....	90	10
Nein .....	10	90

## 2.2 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Eine Nachanalyse auf Befragungsbasis hat auch den Vorteil, dass *Konfliktlinien* bezüglich der Abstimmungsgegenstände analysiert werden können. Abgeleitet aus Erfahrungen früherer Untersuchungen über Energie-Abstimmungen, wurde eine Reihe von regionalen und sozialen Indikatoren überprüft. Darüberhinaus stellt sich die Frage, welches Gewicht grundlegenden Orientierungen wie der Parteisympathie und der zukünftigen Lebensperspektive zukommt.

Wie bei VOX-Analysen üblich, wird die potentielle Bedeutung ausgeschiedener Merkmalsgruppen mittels Chi-Quadrat-Tests geprüft. Diese beziehen sich auf die Sicherheit, mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang generalisiert werden kann. Signifikant ist eine Beziehung, wenn der Zusammenhang mit 90%iger Sicherheit (Signifikanz-Niveau unter 0.1) gilt.

Beginnen wir mit den *regionalen* Unterschieden: Bereits am Abstimmungstag fiel das besondere Verhalten der *Region Basel* — oder etwas verallgemeinert: der durch den Ausbau der Kernenergie betroffenen Bezirke — auf. Eine statistische Analyse dieser Gebiete ergibt eine verstärkte Zustimmung zur Atom-Initiative von knapp 20%\*. Die *Tabelle 4* macht jenseits dieser besonderen Verhältnisse zwei weitere regionale Konfliktlinien sichtbar:

\* R. Nef, M. Rosenmund: Das energiepolitische Plebiszit vom 23. September 1984. Ein Beispiel ereignisorientierter, raumbezogener Gesellschaftsanalyse, Zürich 1984.

Tabelle 4 Stimmverhalten bei der Atom- und Energie-Initiative nach Merkmalsgruppen (Angaben in %)

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten Atom-Initiative (N = antwortende Urnengänger; Angaben in %)		Stimmverhalten Energie-Initiative		Signifikanz des Merkmals in bezug auf den Entscheid Ja/Nein Niveau
		Ja	Nein	Ja	Nein	
Geschlecht:	Männer	43	57	43	57	nein
	Frauen	50	50	52	48	
Alter:	20-39jährige	51	49	50	50	nein
	40-64jährige	43	57	47	53	
	65jährige und ältere	40	60	38	62	
Ausbildung:	Primarschule	46	54	43	57	nein
	Sekundarschule	36	64	39	61	
	Berufsschule u.ä.	47	53	46	54	
	Gymnasium / Universität	48	52	52	48	
Berufliche Stellung:	Selbständige, leitende Angestellte und Beamte	36	64	35	65	nein
	Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung	50	50	52	48	
	Angestellte in einfacher Stellung	49	51	54	46	
	Landwirte	42	58	43	57	
	Arbeiter	50	50	49	51	
Hausbesitz:	Hauseigentümer	38	62	40	60	ja
	Mieter / Pächter	51	49	51	49	
Landesteil:	Deutsche Schweiz	45	55	44	56	nein
	Welsche Schweiz	48	52	55	45	
Siedlungsart:	Städtisches Milieu	52	48	54	46	ja
	Ländliches Milieu	36	64	35	65	
Total:	erhoben	46	54	46	54	0,05
	effektiv	45	55	46	54	

- In beiden *Landesteilen* fanden die Vorlagen tendenziell eine unterschiedliche Einschätzung. Die französisch sprechenden Urnengänger stimmten der Energie-Initiative knapp zu und verwarfen die Atom-Vorlage ebenso knapp. In beiden Fällen skeptischer äusserten sich die Deutschschweizer. Die Unterschiede nach Landesteilen sind im Unterschied zu den beiden letzten Energieabstimmungen geringer geworden.
- Noch stärker zeigen sich regionale Differenzierungen, wenn man die *Zentren* von den *Randgebieten* abtrennt. Es ist offensichtlich, dass die Zustimmung zu neuen Optionen in der Energiepolitik verstärkt aus städtischen Agglomerationen stammt. 52 % sagten hier «Ja» zur Atom-Initiative, 54 % zur Energie-Initiative. In den ländlichen Gegenden wurden beide Vorlagen abgelehnt. Jeweils knapp zwei Drittel dieser Urnengänger stellten sich auf die Seite der Gegnerschaft.

Nebst den regionalen Unterschieden können auch *soziale Merkmale* helfen, Befürworter und Gegner näher zu charakterisieren. Im Überblick fällt auf, dass die Abweichungen eher gering sind. Immerhin lassen sich die drei folgenden *Trends* herauslesen:

- *Frauen* stimmten in beiden Fällen verstärkt für die Vorlagen. Halten sich Ja- und Nein-Anteil bei der Atom-Initiative die Waage, so findet sich bei der Energie-Initiative eine ganz schwache, zustimmende Mehrheit. *Männer* zeigten sich als Ganzes beiden Vorlagen gegenüber ablehnend.
- Auch beim *Alter* lässt sich ein einheitlicher, wenn auch nicht ausgeprägter Trend ableiten: Die Unterstützung der Vorlagen war in den jüngeren Generationen stärker. Bezüglich der mehrheitlichen Zustimmung resp. Ablehnung erweist sich die Altersschwelle von 40 Jahren entscheidend. Urnengänger im Rentenalter lehnten mit 60 % resp. 62 % am stärksten ab.
- Schliesslich finden sich auch bei der *sozialen Stellung* einige Tendenzen: Stärkeren Widerspruch erhielten die beiden Vorlagen bei Selbständigerwerbenden und Landwirten («alte Mittelschicht») und bei Hausbesitzern (62 % resp. 60 % Nein). Angestellte und Arbeiter waren praktisch symmetrisch gespalten. Nur bei der Energie-Initiative zeigt sich bei den Angestellten ein leicht befürwortender Trend.

Recht auffallend ist, dass die Bildung auf das Stimmverhalten praktisch keinen Einfluss hatte. Dies steht im Unterschied zur ersten Atom-Initiative von 1979\*, wo dieses Merkmal noch eine Rolle spielte.

Konfliktlinien lassen sich aber auch nach *politischen* und *gesellschaftlichen Grundhaltungen* und Leitbildern beschreiben (vgl. *Tabelle 5*). In beiden Fällen ist eine Dreiteilung der Urnengänger hilfreich:

- *Bürgerliche Sympathisanten* verwarfen mit sehr deutlichen Mehrheiten beide Vorlagen. Dabei sind die Verhältnisse in der FDP (inkl. LPS in der welschen Schweiz) und der

\* Vgl. Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Februar 1979, VOX-Publikation Nr. 9, Zürich 1979.

Tabelle 5 Stimmverhalten bei der Atom- und Energie-Initiative nach ausgewählten Grundhaltungen (Angaben in %) )

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten Atom-Initiative (N = antwortende Urnengänger : Angaben in %)		Stimmverhalten Energie-Initiative (Angaben in %)		Signifikanz des Merkmals in bezug auf den Entscheidungs-Niveau Ja/Nein
		Ja	Nein	Ja	Nein	
Parteisympathie:	CVP	31	69	31	69	Ja 0.001
	FDP / LPS	21	79	20	80	
	SVP	17	83	24	76	
	SPS	75	25	75	25	
	(LDU / EVP)*	67	33	67	33	
	(POCH / PDA)	100	0	100	0	
	(GPS)	100	0	100	0	
	(NA / Vigil.)	50	50	0	100	
	Keine Parteisympathien	45	55	47	53	
	Zukunftsperspektive:	Lebensstandard einschränken gleich wie bisher	67	33	70	
Lebensstandard ausbauen	36	64	37	63		
		33	67	35	65	

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, können nur als Trends interpretiert werden, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

SVP eher klarer als in der CVP. Im Vergleich zur ersten Atom-Initiative sank die bürgerliche Unterstützung um rund 10 %.

- *Die Anhänger der Parteien links der Mitte* stimmten für die vorgelegten Volksbegehren: drei von vier SP-Sympathisanten, zwei von drei LdU- oder EVP-Anhänger und tendenziell geschlossene Zustimmung bei den Grünen und der äusseren Linken geben die Verhältnisse wieder. Ähnlich wie bei den bürgerlichen Anhängern radikalisierte sich die Haltung in diesem Block im Vergleich zur ersten Atom-Initiative.
- *Bei einer gespaltenen Situation entlang der Parteisympathien ist das Verhalten der parteiunabhängigen Urnengänger, die jeweils rund einen Drittel ausmachen, entscheidend.* Sie lehnten, wenn auch ganz knapp, beide aktuellen Vorstösse für eine neue Energie-Politik ab.

Um den Einfluss *gesellschaftlicher Leitbilder* zu erfassen, mussten sich die Befragten über die Vorstellungen ihrer zukünftigen Lebenssituation äussern. Dabei konnten sie wählen zwischen einer Fortsetzung des Ist-Zustandes, einer wachstumsorientierten Zukunftsperspektive mit verbesserter Lebenshaltung und einem alternativen Leitbild, bei dem Einschränkungen im Lebensstandard in Kauf genommen werden.

Die ermittelte Verteilung legt nahe, dass die Gegnerschaft bei wachstumsorientierten Urnengängern, aber auch bei jenen, die am Erreichten festhalten wollen, wesentlich stärker war. Jeweils knapp zwei Drittel stimmten hier gegen die Energie- und Atom-Initiative. Wer sich dagegen bereit zeigte, zukünftig einen verminderten Lebensstandard zu akzeptieren, befürwortete beide Volksbegehren deutlich.

In der *Verknüpfung* der verschiedenartigen Betrachtungsweisen lassen sich einige Erklärungsmuster gewichten: Hervorgehoben wurde die Bedeutung grundlegender politischer Orientierung. Im zeitlichen Vergleich konnte sogar eine zunehmende Tendenz festgestellt werden. Nimmt man andere parteipolitisch polarisierte Abstimmungen des laufenden Jahres als Vergleichsmaßstab, ergibt sich, dass die Energie-Vorlage ebenso wie die Banken-Initiative und die zweite Zivildienst-Vorlage die Parteisympathisanten spalteten. Die unterschiedlich starke Ablehnung der Vorlagen resultiert im wesentlichen aus den verschiedenen Verhaltensweisen der partei-unabhängigen Urnengänger. Sie verwarfen die Banken-Vorlage deutlich (75 % Nein), die Zivildienst-Initiative recht klar (58 %), die beiden Energie-Volksbegehren jedoch nur knapp. Relativiert wird damit die Ansicht, der Kernenergiekonflikt laufe vor allem quer zu den politischen Sympathien. Sieht man von den unmittelbar durch Atomanlagen betroffenen Regionen ab, gewinnt man auch den Eindruck, regionale Aspekte im Energiekonflikt seien eher rückläufig.

### 3) Elemente der Meinungsbildung bei beiden Vorlagen

In der direkten Demokratie hat die Meinungsbildung der Bürger einen besonderen Stellenwert. Zwischen zwei Wahlgängen ist die politische Elite sachpolitisch verpflichtet, bei der stimmberechtigten Bevölkerung nicht nur eine generelle Unterstützung, sondern auch zu konkreten Projekten Mehrheiten zu finden. Der Willensbildungsprozess der Behörden seinerseits kann durch die Ankündigung von Referenden oder durch die Lancierung von Initiativen beeinflusst werden.

Es darf angenommen werden, dass Abstimmungskämpfe darüberhinaus eine eigene, allerdings noch wenig bekannte Dynamik haben. Im folgenden sollen einige bereits längerfristig analysierte *Elemente der Meinungsbildung* beschrieben werden. Schlüssige Aussagen wären nur mittels wiederholter Untersuchungen («Panel-Befragungen») während des Prozesses der Willensbildung, also im Vorfeld und während des Abstimmungskampfes möglich.

- Ist der Befragte in der Lage, seinen Entscheid zu begründen? Mit welchen *Motiven* geschieht dies?
- Wie ist, unabhängig von den spontan genannten individuellen Begründungen, die Unterstützung wichtiger *Argumente* der Initianten und der Gegner?

#### 3.1 Spontan genannte Entscheidungsmotive

Im ersten Kapitel wurde festgehalten, dass die Befragten bei beiden Vorlagen verstärkt Mühe hatten, sich eine eigene Meinung zu bilden. Wie steht es nun mit den auf eine offen gestellte Frage gegebenen *Entscheidungsmotiven*?

Bei der *Atom-Initiative* (vgl. *Tabelle 6*) lassen sich bei beiden Seiten drei vorrangig genannte Motivgruppen ausmachen: Bei den *gegnerischen Urnengängern* findet sich zuerst eine Begründungsweise, die auf eine bewusste Bejahung der Kernenergie schliessen lässt. Kernkraftwerke erscheinen hier umweltfreundlich, wirtschaftlich oder sicher; jedenfalls sind sie eine unproblematische und sinnvolle Form der Elektrizitätsproduktion. Noch etwas häufiger wird eine zweite Gruppe von Motiven genannt. Mehr oder weniger unabhängig von der Grundeinstellung zu KKW, wird die mangelnde Alternative betont: Mehr sparen als bisher könne man nicht; deshalb sei bereits die Absicht der Initianten unrealistisch, auf Kernenergie verzichten zu wollen. Begründungen, die auf eine gewisse Veränderungsbereitschaft schliessen lassen, finden sich in der dritten, schon deutlich kleineren Gruppe von Motiven. Aus diesen Aussagen lässt sich schliessen, dass das vorgelegte Begehren zu weit ging; die fixe Regelung, wonach keine neuen KKW hätten gebaut werden dürfen, wurde hier als zu starre Einengung empfunden. Die übrigen Nennungen deuten auf verstreute oder schon ziemlich diffuse Entscheidungsmotive hin. 7% der Initiativ-Gegner geben keine Begründung für ihr Verhalten an.

Unter den *befürwortenden Urnengängern* dominiert die Wahrnehmung ungelöster Probleme: Zentral erscheint hier die Abfallagerung; gefolgt wird sie von der Sicherheitsthematik

Tabelle 6 Entscheidmotive bei der Atom-Initiative

*Nein-Stimmende; Zweifachnennung möglich*

● Positive Haltung zu KKW	43 %
— wegen geringer Umweltbelastung (19 %)	
— wegen hoher Bedeutung für die Wirtschaft (16 %)	
— wegen hoher Sicherheit (8 %)	
● Mangelnde Alternative zu KKW	50 %
● Gegen das Ausmass der Atom-Initiative	14 %
— Politik der Behörden ist vernünftiger (12 %)	
— Verzicht auf KKW geht zu weit (2 %)	
● Übrige und diffuse Motive	16 %
● Keine Angabe	7 %

*Ja-Stimmende; Zweifachnennung möglich*

● Negative Haltung zu AKWs (ohne weitere inhaltliche Begründung)	30 %
— vor allem bei neuen AKWs (21 %)	
— gegen AKWs grundsätzlich (9 %)	
● Ablehnung wegen ungelösten Problemen von Atomanlagen	85 %
— namentlich Abfallagerung (44 %)	
— namentlich Gefährlichkeit (36 %)	
— namentlich Standortfrage (5 %)	
● Für eine andere Energiepolitik	25 %
— konsequenteres Sparen (17 %)	
— Alternativ-Energien fördern (8 %)	
● Übrige und diffuse Motive	5 %
● Keine Angabe	4 %

und den staatspolitischen Aspekten der Standortfrage. Jedes fünfte Motiv lässt keine weitem inhaltlichen Rückschlüsse zu; bei diesen Befürwortern führte die negative Haltung zu allen oder zu neuen AKWs direkt zur Bejahung der Vorlage. Immerhin 17 % der Begründungen sind eher den Inhalten der Energie-Initiative zuzuordnen: Sie zielen auf eine neue Elektrizitätspolitik hin, aufbauend auf konsequentem Sparen oder verstärkter Förderung von Alternativ-Energien. Je 4 % der Befürworter nennen diffuse Gründe oder geben keine Antwort auf die von uns offen gestellte Frage.

Etwas weniger ausgeprägt ist die Motivlage bei der *Energie-Initiative* (vgl. *Tabelle 7*). Dies zeigt sich insbesondere an den höheren Anteilen verstreuter Begründungen und verweigerter Antworten: 8 % der Nein-Stimmenden können kein Motiv angeben; der Anteil übriger, diffuser oder widersprüchlicher Begründungen steigt auf 27 %. Bei den Ja-Stimmenden betragen die entsprechenden Werte 3 resp. 9 %.

Tabelle 7 Entscheidungsmotive bei der Energie-Initiative

*Nein-Stimmende; Zweifachnennung möglich*

● Unmöglich, mehr Energie zu sparen	30 %
● Gegen jede staatliche Energiepolitik	13 %
● Gegen das Ausmass der Initiative — zu extrem, zu zentralistisch etc. (30 %) — gegen die Energiesteuer (14 %)	44 %
● Übrige und diffuse Motive	27 %
● Keine Angaben	8 %

*Ja-Stimmende; Zweifachnennung möglich*

● Für eine neue Energiepolitik — konsequenter Sparen (48 %) — neue Energieträger fördern (22 %) — Bestehendes effizienter nutzen (15 %)	85 %
● Beitrag zum Umweltschutz	21 %
● Beitrag zur Arbeitsplatzbeschaffung	13 %
● Negative Haltung zu AKWs	12 %
● Übrige und diffuse Motive	9 %
● Keine Angaben	3 %

Wer bei den *gegnerischen Urnengängern* ein Motiv nannte, wählte eines aus den nachstehenden drei Gruppen: Ähnlich wie bei der Atom-Initiative mit der Elektrizität, hält ein Teil der Gegner die Energiesparmöglichkeiten für genügend ausgeschöpft; weitere Anstrengungen erscheinen hier unmöglich. Eine kleinere Motivgruppe lässt primär auf eine Abneigung gegenüber staatlichen Eingriffen schliessen. Diese Gegner vertrauen mehr auf den Einzelnen und wollen «Bern» keine Kompetenzen geben, den Energiebereich zu regeln. Wichtigstes Motiv der Verwerfenden ist allerdings die konkrete Ausgestaltung der Initiative: Kritisiert werden insbesondere der zentralistische Charakter und die Energiesteuer.

Die *befürwortenden Urnengänger* sind sich in ihrer Ablehnung der bisherigen Energiepolitik praktisch einig. Gegensätzlich sind nur die bevorzugten Auswege: Ein wichtiger Teil sieht die Lösung primär im konsequenteren Sparen, gefördert durch staatlichen Anreiz oder Kontrollen; 15 % der Motive beinhalten ausdrücklich die Förderung von Alternativ-Energien; 10 % lassen sich als Wunsch auffassen, Bestehendes effizienter zu nutzen. Die Nähe der beiden Vorlagen widerspiegelt sich im Motiv, die Unterstützung der Energie-Initiative sei ein klares Nein zu Atomkraftwerken. Rund ein Viertel der Nennungen zeigt, dass — unabhängig von der Stossrichtung — die geforderte neue Energiepolitik als Chance für einen bessern Umweltschutz beziehungsweise als Form der Arbeitsplatzbeschaffung verstanden wird.

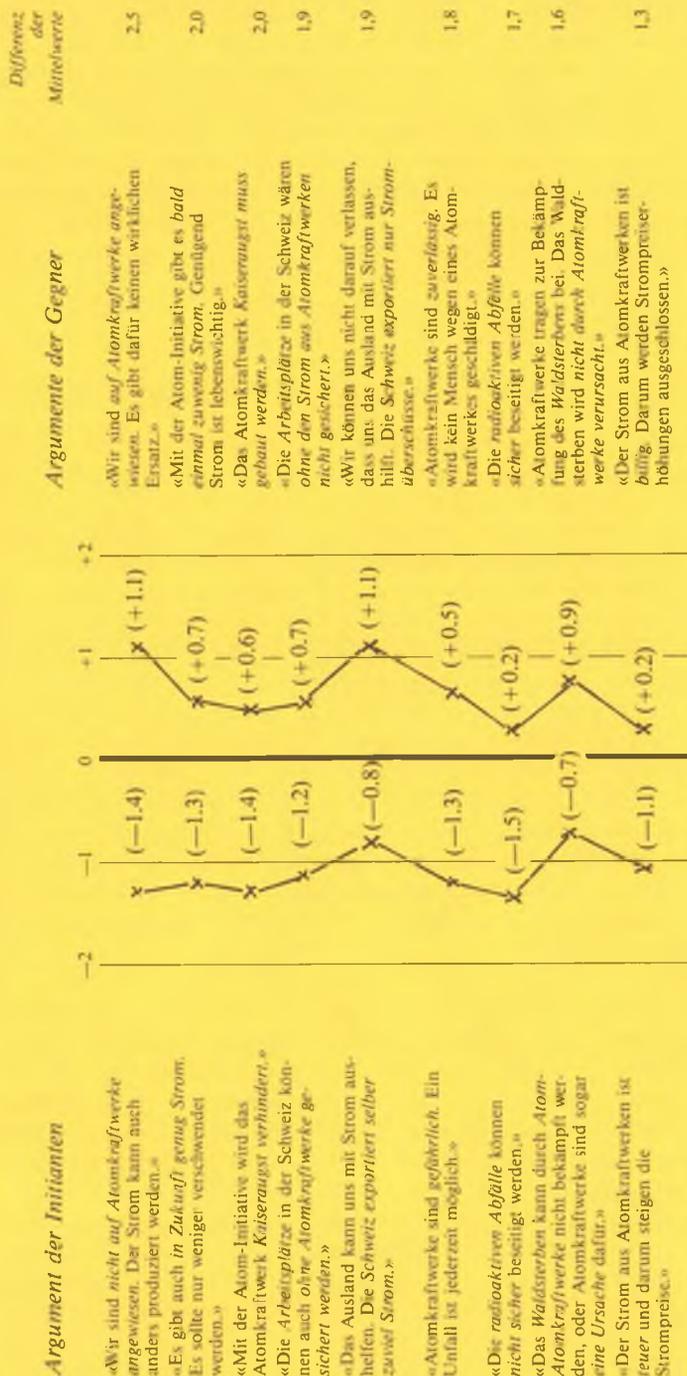
### 3.2 Die Gewichtung wichtiger Argumente der Initianten und ihrer Kontrahenten

In einem zweiten Schritt lassen sich die Haltungen der Gegner und Befürworter anhand der Zustimmung zu wichtigen *Argumenten des Abstimmungskampfes* beschreiben. Dabei spielen das Stimmverhalten und die Entscheidrelevanz einzelner Aussagen nur noch eine untergeordnete Rolle. Auch ein Befürworter eines Begehrens kann in einzelnen Punkten verbreiteten Argumenten skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen. Der Vorteil dieses Verfahrens liegt in der Möglichkeit, die beiden Lager etwas differenzierter zu betrachten. Den Befragten wurde zu diesem Zweck vorerst mittels eines *Polaritätsprofils* eine Liste mit gegensätzlichen Pro- und Kontra-Argumenten vorgelegt. So war gewährleistet, dass Argument und Gegenargument im Vergleich beurteilt wurden. Die Interviewten hatten — losgelöst von ihrem Abstimmungsentscheid — die Möglichkeit, sich «voll» oder «teilweise» mit der einen Seite zu identifizieren; wer keine Stellung beziehen wollte, konnte eine mittlere, inhaltslose Position einnehmen. Für die Auswertung sind zwei Zugänge nützlich: Erstens erlaubt eine Gegenüberstellung von Mittelwerten für Ja- und Nein-Stimmende, die Stärke der Polarität jedes einzelnen Themas zu ermitteln. Gegensatzpaare, die in den Abbildungen 1 und 2 oben aufgeführt werden, trennen Gegner und Befürworter der Vorlage jeweils deutlicher als Meinungen, die am Ende der Listen stehen. Zweitens lässt sich die Geschlossenheit der beiden Lager anhand der prozentualen Zustimmung zu den Standpunkten bestimmen.

Die kontroversesten Standpunkte bei der *Atom-Initiative* (vgl. *Abbildung 1*) sind demnach die Versorgungssicherheit (Vorgaben 1 und 2) und die Kaiseraugst-Frage (Vorgabe 3). Hier stehen sich die Ansichten der beiden Lager unter den Urnengängern am stärksten gegenüber. Wie schon bei den spontanen Entscheidungsmotiven sichtbar wurde, spielt die individuelle Einschätzung von Handlungsspielräumen resp. Sachzwängen eine wichtige und polarisierende Rolle. Wo diese Hintergründe angesprochen sind, klaffen Gegner und Befürworter besonders stark auseinander.

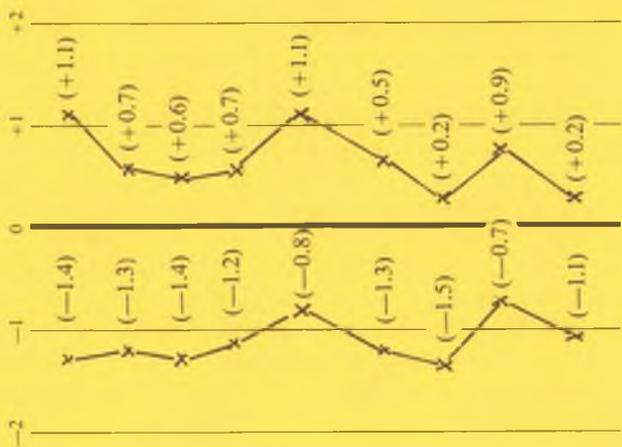
Allerdings erhält man auch bei den übrigen Argumenten den Eindruck, die Atom-Initiative habe die Urnengänger ziemlich tief gespalten. Die Befürworter stimmen mehrheitlich allen neun von uns vorgelegten Argumentationsrichtungen zu; ihr Meinungsprofil ist eher konsequent und abgeschlossen. Die Ausnahme bildet das Waldsterbe-Argument (Vorgabe

Abbildung 1: Unterstützung von gegnerischen und befürwortenden Argumenten zur Atom-Initiative



Argument der Initianten

Argumente der Gegner



völlig einverstanden mit Initianten

einigermassen einverstanden mit

einigermassen einverstanden mit

einigermassen einverstanden mit

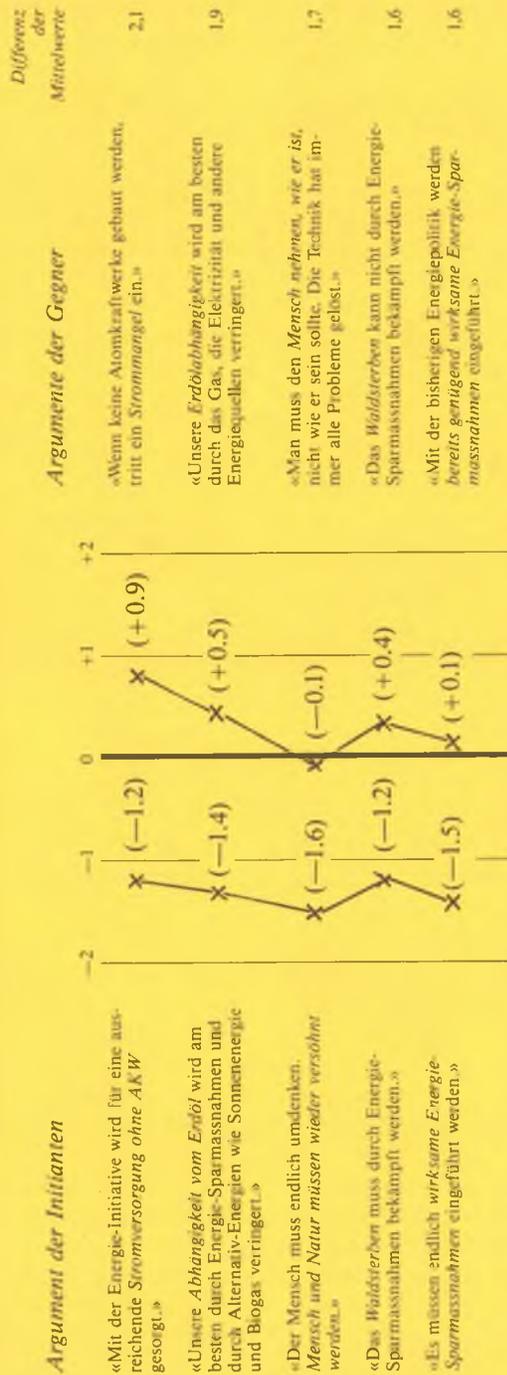
weder / noch

einigermassen einverstanden mit

einigermassen einverstanden mit

völlig einverstanden mit

Abbildung 2: Unterstützung von gegnerischen und befürwortenden Argumenten zur Energie-Initiative



**Argumente der Initianten**

«Mit der Energie-Initiative wird für eine ausreichende Stromversorgung ohne AKW gesorgt.»

«Unsere Abhängigkeit vom Erdöl wird am besten durch Energie-Sparmaßnahmen und durch Alternativ-Energien wie Sonnenenergie und Biogas verringert.»

«Der Mensch muss endlich umdenken. Mensch und Natur müssen wieder versöhnt werden.»

«Das Waldsterben muss durch Energie-Sparmaßnahmen bekämpft werden.»

«Es müssen endlich wirksame Energie-Sparmaßnahmen eingeführt werden.»

**Argumente der Gegner**

«Wenn keine Atomkraftwerke gebaut werden, tritt ein Strommangel ein.»

«Unsere Erdölabhängigkeit wird am besten durch das Gas, die Elektrizität und andere Energiequellen verringert.»

«Man muss den Mensch nehmen, wie er ist, nicht wie er sein sollte. Die Technik hat immer alle Probleme gelöst.»

«Das Waldsterben kann nicht durch Energie-Sparmaßnahmen bekämpft werden.»

«Mit der bisherigen Energiepolitik werden bereits genügend wirksame Energie-Sparmaßnahmen eingeführt.»

völlig einverstanden mit Initianten  
 eingemessen einverstanden mit Initianten  
 weder / noch  
 eingemessen einverstanden mit Gegnern  
 völlig einverstanden mit Gegnern

8). Dass Atomkraftwerke eine Ursache dieser neuen Erscheinung seien, stimmt nur gerade bei der Hälfte der Initiativ-Befürworter mit der persönlichen Meinung überein.

Etwas weniger homogen präsentieren sich die Nein-Stimmenden. Jeweils nur Minderheiten stimmen klaren Standpunkten der gegnerischen Abstimmungskomitees wie: Kaiseraugst müsse gebaut werden (48 % völlig oder einigermassen einverstanden; Vorgabe 3), radioaktive Abfälle könnten technisch gesehen bereits jetzt sicher gelagert werden (45 % völlig oder einigermassen einverstanden; Vorgabe 7) sowie der Preis für Atomstrom sei tief und stabil (34 % völlig oder einigermassen einverstanden; Vorgabe 9) ausdrücklich zu. Bedeutende Anteile der Gegner fühlen sich in diesen Fragen überfordert und nahmen in der Befragungssituation keine Stellung ein.

Diese Betrachtungen lassen sich grundsätzlich auch auf die Argumente bei der *Energie-Initiative* (vgl. *Abbildung 2*) übertragen: Polar ist auch hier die Frage, ob die Energieversorgung bei den vorgeschlagenen Massnahmen bezüglich der Atomkraftwerke gesichert gewesen wäre. Ganz im Gegensatz zu den Befürwortern des Begehrens, ist nach Ansicht der Gegner die Stromversorgung bei einem Verzicht auf die Kernenergie nicht mehr gewährleistet (Vorgabe 1). Auch bei der zweiten Vorlage stimmen die befürwortenden Urnengänger allen von uns vorgelegten Pro-Standpunkten zu. Die Gegner zeigen sich vor allem dann nicht geschlossen, wenn die bisherigen Sporbemühungen (42 % völlig oder einigermassen einverstanden; Vorgabe 5), der Umweltschutz (44 % völlig oder einigermassen einverstanden; Vorgabe 4) und das herrschende Verhältnis von Mensch und Natur (42 % völlig oder einigermassen einverstanden; Vorgabe 3) angesprochen werden. Die feststellbaren Wünsche stossen allerdings an Grenzen, wenn die Realisierbarkeit eines Wandels im Vordergrund steht.

Ganz ähnlich sind die Hauptergebnisse auch, wenn methodisch anders vorgegangen wird. In einer zweiten Runde wurden den Interviewten nicht nur einzelne Aussagen aus dem Abstimmungskampf vorgelegt, sondern eigentliche *Grundhaltungen* zu ausgewählten Fragestellungen im Kernenergiekonflikt präsentiert. Dabei konnten die Befragten jeweils zwischen drei Positionen (Haltung der Befürworter, Gegner und eine inhaltliche Mittelposition) auswählen (vgl. *Tabelle 8*).

Polar sind auch hier die Verhältnisse, wenn die Versorgungssicherheit ohne den Strom aus Kernkraftwerken (Vorgabe 2) angesprochen wird. Sie teilt die Befürworter und Gegner der Atom-Initiative am deutlichsten in zwei Lager. Ein wichtiger Grund liegt darin, dass die Ja-Stimmenden verstärkt der Auffassung sind, zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse werde momentan genügend Strom produziert (Vorgabe 1). Die Gegner der Vorlage äussern sich hier eher skeptischer. Bei der Frage der Gefährlichkeit beziehungsweise Sicherheit von Atomkraftwerken zeigen sich die Initiativ-Befürworter eher geschlossener; die Gegner verteilen sich mehr auf die mittlere und «unproblematische» Position. Jene sieht die Gefährlichkeit der Kernkraftwerke durch technische Massnahmen genügend kontrolliert; diese geht davon aus, dass bis jetzt niemand zu Schaden gekommen sei (Vorgabe 3). Noch stärker gleichen sich die Positionen an, wenn von der Umweltbelastung durch die Lagerung des Atommülls die Rede ist (Vorgabe 4).

Tabelle 8 Zustimmung zu ausgewählten Grundhaltungen im Kernenergiekonflikt

Grundhaltung	Stimmverhalten Atom-Initiative (N = Urnen-gänger)		Total (N=Be-fragte)
	Ja	Nein	
<b>● Energiesituation heute</b>			
«Wenn ich an die heute und in absehbarer Zeit nötige Energie denke – Holz, Kohle, Wasser, Erdöl und Uranerz – dann wird für die Befriedigung meiner eigenen Bedürfnisse in der Schweiz			
– eher zu <i>wenig</i> Energie/Strom produziert	5	23	13
– gerade <i>so viel</i> Energie/Strom produziert <i>wie nötig</i> ist	45	52	49
– bereits <i>zuviel</i> Energie/Strom produziert	41	16	16
– keine Meinung	0	9	12
<b>● Versorgungssicherheit und Kosten</b>			
«Welche von den folgenden Ansichten über die Kosten von Elektrizität aus Kernenergie entspricht am ehesten Ihrer eigenen Meinung?			
– Man muss den steigenden Preis von Atomstrom im Zusammenhang mit den allgemein steigenden Energiepreisen und der Teuerung sehen. Der Preis ist weniger wichtig als die <i>Versorgungssicherheit</i> .	12	56	33
– Der steigende Preis von Atomstrom bremst den zukünftigen Einsatz. Man sollte die herkömmlichen Energiequellen Kohle, Gas und Erdöl noch mehr ausnützen.	28	15	27
– Wenn man an die Gefahren sowie an die <i>heutigen und zukünftigen Kosten</i> denkt, die AKWs mit sich bringen, dann ist Atomstrom unter allen Umständen zu teuer.	50	12	24
– keine Meinung	10	17	16
<b>● Sicherheit und Gefährlichkeit</b>			
«Wie gross ist nach Ihrer Meinung die Gefährlichkeit von AKWs tatsächlich? Welche von diesen drei Meinungen entspricht Ihrer eigenen Ansicht am ehesten?			
– Die bisher gebauten AKWs <i>funktionieren</i> seit Jahren <i>bestens</i> . Menschen sind bisher nie zu Schaden gekommen. Um genügend Energie zu haben, muss man wohl oder übel gewisse Risiken in Kauf nehmen.	8	48	29
– AKWs sind zwar komplizierte und gefährliche Anlagen, aber viele <i>Sicherheitsmassnahmen begrenzen die Folgen</i> von möglichen Pannen schon heute.	27	37	28
– AKWs sind so <i>gefährlich</i> , so bedrohlich für mich selbst, dass man alles unternehmen muss, um diese Anlagen still zu legen und auf keinen Fall neue baut.	56	8	32
– keine Meinung	9	7	11

Fortsetzung und Schluss der Tabelle auf Seite 20

Grundhaltung	Stimmverhalten Atom-Initiative (N = Urnen-gänger)		Total (N = Befragte)
	Ja	Nein	
● <i>Abfallagerung und Umweltbelastung</i>			
«Auch über die Umweltbelastung gehen die Meinungen auseinander. Was meinen Sie zu den folgenden drei Aussagen, welche entspricht Ihnen am ehesten?			
- Kernenergie ist umweltfreundlich, da nicht wie bei Kohle und Öl gefährliche Stoffe in die Luft gelangen. Auch die <i>Abfallagerung ist bald einmal gelöst.</i>	4	29	16
- <i>Jede Art</i> von Energieproduktion <i>hat Vor- und Nachteile</i> und gewisse Risiken. Wichtig ist, dass man Energie überhaupt hat und nicht verschwendet.	26	42	37
- Das Hauptproblem bei der Produktion von Kernenergie ist die Abfallbeseitigung. Die <i>gelagerten Abfälle belasten die Umwelt auf Generationen hinaus.</i>	66	21	40
- keine Meinung	3	8	7

#### 4) Einstellungen zu Energiesparmassnahmen

Befürworter und Gegner der Vorlagen waren sich häufig in einem Punkt einig: Dem Energiesparen müsse in Zukunft unabhängig vom Entscheid über die Energie-Initiative eine verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auch mit den bestehenden rechtlichen Grundlagen liessen sich einzelne Massnahmen realisieren.

Zu diesem Zweck haben wir in unserer Nachanalyse die Popularität einer ganzen Reihe von *Energiesparmassnahmen* überprüft. Unsere Fragen lassen sich wie folgt gruppieren:

- Einstellung zur *politischen Verantwortlichkeit* von Energiesparmassnahmen;
- Einstellung zu ausgewählten Vorschriften im *Elektrizitätsbereich*;
- Einstellung zu *Subventionsmöglichkeiten* in den Bereichen *Forschung, öffentlicher Verkehr* und *Bauen*;
- Einstellung zu verschiedenen *Steuersystemen* zugunsten des Energiesparens.

Bei jeder Massnahme hatten die Befragten die Möglichkeit, sich «voll einverstanden», «einigermassen», «eher nicht» oder «überhaupt nicht einverstanden» zu erklären. Für die vorliegende Berichterstattung wurden diese Kategorien zu einer befürwortenden und einer ablehnenden Gruppe zusammengefasst. Von zusätzlicher Aussagekraft sind unsere Ergebnisse, weil alle Vorschläge schon nach der Abstimmung über den Energie-Artikel (Februar 1983) getestet worden sind. Dadurch lassen sich zusätzlich zum Grad der Unterstützungsbereitschaft auch Trendaussagen machen.

#### 4.1 Politische Verantwortlichkeit

Fragt man grundsätzlich, so lehnt rund ein Fünftel der Stimmberechtigten staatliche Eingriffe im Energiebereich ab (vgl. *Tabelle 9*). Gut 70% wünschen, dass der Bund oder die Kantone aktiv werden. Nur 7% haben zur *politischen Verantwortlichkeit für das Energiesparen* keine Meinung. Negativer, aber mehrheitlich nicht ablehnend sind die Gegner der Energie-Initiative eingestellt.

Tabelle 9 Einstellung zur politischen Verantwortlichkeit für Energiesparmassnahmen nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Politische Verantwortlichkeit	Stimmverhalten Energie-Initiative (N = Urnengänger)		Total (N = Befragte)	Landesteil		Parteisympathie				
	Ja	Nein		DS	WS	FDP/				
						CVP	LPS	SVP	SPS	Keine
Energiespar-Massnahmen sollten										
● für die ganze Schweiz einheitlich durch den <i>Bund</i> erlassen werden;	59	39	45	53	27	51	38	42	55	41
● durch die einzelnen <i>Kantone</i> nach ihren speziellen Bedürfnissen erlassen werden;	26	30	26	25	30	19	28	29	27	28
● <i>Staatliche Massnahmen sind nicht nötig</i> . Die Energiepreise zwingen jeden einzelnen zum Energiesparen;	13	25	21	18	30	24	28	24	15	20
● Keine Meinung	2	6	8	4	13	6	6	5	3	11

Im Vergleich zur ähnlich gelagerten Fragestellung vom Februar 1983 findet man eine zunehmende Unterstützungsbereitschaft staatlicher Vorschriften zugunsten des Energiesparens. Absolute Gegner und Unentschlossene haben zusammen um 5% abgenommen. Hingegen ergeben sich nach wie vor keine Mehrheiten, die ausschliesslich eidgenössische oder exklusiv kantonale Handlungsanweisungen unterstützen. Diese Beobachtung muss allerdings nach Landesteilen gesondert kommentiert werden: Zentralistisches Vorgehen wird in der deutschsprachigen Schweiz zu 53% befürwortet; in den welschen Kantonen dagegen macht sich eine stärkere Tendenz für regionale Lösungen bemerkbar: Nur 27% würden einheitliche, allein durch den Bund erlassene Vorschriften akzeptieren. Knapp ein Drittel stimmt dem Argument zu, mit föderalistischen Massnahmen könne den Notwendigkeiten der Kantone besser Rechnung getragen werden. Zwischen den Parteianhängern sind die feststellbaren Unterschiede gering. Alle politischen Gruppen befürworten in ihrer

Mehrheit staatliche Massnahmen. Am skeptischsten sind die freisinnigen Sympathisanten (ein Drittel dagegen oder unentschieden); die grösste Popularität findet sich bei den sozialdemokratischen Anhängern (18 % dagegen oder unentschieden). Parteiunabhängige liegen zwischen den beiden hier beschriebenen Polen.

#### 4.2 Sparmassnahmen im Elektrizitätsbereich

Nun sind die Einstellungen nicht unbedingt identisch, wenn allgemein gefragt wird, oder einzelne Vorschläge zu beurteilen sind. Im *Elektrizitätsbereich* (vgl. *Tabelle 10*) wurden fünf Massnahmen vorgelegt, die sich in der Tragweite unterscheiden. Wie erwartet, wird die schwächste Massnahme, die Etikettierung von elektrischen Geräten, am deutlichsten befürwortet. Aber auch Zulassungsbeschränkungen werden mehrheitlich akzeptiert (78 % für elektrische Geräte allgemein; 71 % für Elektroheizungen). Im Vergleich zum Februar 1983 ist die Popularität von Massnahmen bei elektrischen Geräten praktisch unverändert. Dagegen ist die Einstellung zu Elektroheizungen merklich kritischer geworden: Vor einhalb Jahren unterstützten nur gut die Hälfte der Stimmberechtigten strenge Vorschriften; in der Zwischenzeit ist der bejahende Anteil um rund 20 % gestiegen.

Wer auf die einleitend erläuterte Fragestellung dem Bund oder den Kantonen die Verantwortlichkeit für Sparmassnahmen zusprach, unterscheidet sich bezüglich der Einstellung zu den drei hier dargelegten Vorschlägen wenig. Dagegen ist es interessant zu sehen, dass auch grundsätzliche Gegner staatlicher Eingriffe ihre Meinung ändern, wenn nur spezielle Forderungen zur Debatte stehen: Sie stimmen — wenn auch zurückhaltender — Etikettierung und Zulassungsbeschränkungen zu. Dasselbe gilt für die Mehrheit der Gegner der Energie-Initiative.

Die Schwelle für Elektrizitätssparmassnahmen ist erreicht, wenn dirigistische Ideen ins Spiel gebracht werden. So widersetzt sich mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten einem vollständigen Verbot von elektrischen Heizungen. Ebenso wenig überschreiten preispolitische Regulierung des Stroms, der zu Heizungszwecken gebraucht wird, die 50 %-Hürde. Verglichen mit der Erhebung vom Februar 1983 ist jedoch auch bei diesen weitreichenden Massnahmen eine zunehmende Unterstützungsbereitschaft festzustellen.

#### 4.3 Subventionen und Steuern

Staatliche Sparbemühungen sind nicht nur auf Vorschriften und den Elektrizitätsbereich beschränkt. *Subventionen* sind eine weitere Möglichkeit, Verhaltensweisen zu beeinflussen.

Insbesondere für die Erforschung von Energiespar-Möglichkeiten (vgl. *Tabelle 11*) lässt sich eine starke Mehrheit (86 %) unter den Stimmberechtigten gewinnen. Drei Viertel befürworten auch energiepolitisch motivierte Subventionen für den öffentlichen Verkehr. Eher umstritten sind dagegen generelle Beiträge an private Haushalte, die in Energiesparmassnahmen investieren (51 % Ja).

Tabelle 10 Einstellungen zu ausgewählten Sparmassnahmen im Bereich der Elektrizität nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Stossrichtung / Massnahmen	Stimmverhalten Energie-Initiative (N = Urnengänger)		Total (N = Befr.) [Febr.1983]	Energiepolitische Verantwortlichkeit		
	Ja	Nein		primär beim Bund	primär bei d. Kantonen	primär keine staatl. Massn.
<p>● <i>Etikettierung</i> ««Etiketten an elektrischen Geräten (z.B. Kühlschränken oder Waschmaschinen) anbringen, damit der Konsument weiss, wieviel Strom diese brauchen.»»</p>	93 : 6 (1)*	80 : 18 (2)	82 : 15 (3) [87 : 9 (4)]	83 : 14 (3)	87 : 11 (2)	75 : 21 (4)
<p>● <i>Zulassungsbeschränkungen</i> «Nur noch solche elektrische Geräte zum Verkauf zulassen, die, verglichen mit den heute üblichen Geräten, wesentlich weniger Strom brauchen.»»</p>	85 : 10 (5)	76 : 18 (6)	78 : 16 (6) [73 : 20 (8)]	85 : 10 (5)	78 : 15 (7)	70 : 25 (5)
<p>«Überdurchschnittlich strenge Vorschriften für die Wärmeisolation bei Häusern mit festinstallierten Elektroheizungen.»»</p>	78 : 17 (5)	63 : 33 (4)	71 : 24 (5) [58 : 33 (9)]	73 : 23 (4)	78 : 18 (4)	63 : 31 (6)
<p>● <i>Dirigistische Massnahmen</i> «Verbot von neuen, festinstallierten elektrischen Heizungen.»»</p>	46 : 47 (7)	25 : 67 (8)	35 : 55 (10) [22 : 66 (12)]	37 : 55 (8)	34 : 55 (11)	32 : 55 (13)
<p>«Den elektrischen Strom, der für Heizung von Gebäuden verwendet wird, massiv verteuern.»»</p>	40 : 58 (2)	20 : 74 (6)	27 : 67 (4) [16 : 77 (8)]	29 : 67 (4)	33 : 62 (5)	19 : 74 (7)

\* Die Zahlengruppen sind wie folgt zu verstehen : Die erste Zahl gibt die Zustimmung zur Forderung, die zweite die Ablehnung an ; in Klammern sind die Unentschiedenen aufgeführt.

Tabelle 11 Einstellungen zu energiepolitischen Subventionen in den Bereichen Forschung, öffentlicher Verkehr und Bauen nach ausgewählten Gruppen

Subventionsbereich	Stimmverhalten Energie-Initiative (N = Urnengänger)		Total (N = Befr.) (Febr.1983)	Energiepolitische Verantwortlichkeit		
	Ja	Nein		primär beim Bund	primär bei d.Kantonen	primär keine staatl.Massn.
● <i>Forschung</i> «Die Forschung auf dem Gebiet des Energiesparens finanziell unterstützen.»	92 : 6 (2)*	86 : 11 (3)	85 : 11 (4) [76 : 16 (8)]	91 : 7 (2)	90 : 6 (4)	74 : 25 (1)
● <i>Öffentlicher Verkehr</i> «Den öffentlichen Verkehr subventionieren, mit dem Zweck, im Privatverkehr Energie zu sparen.»	84 : 12 (4)	69 : 27 (4)	74 : 21 (5) [62 : 30 (8)]	82 : 10 (2)	74 : 20 (6)	64 : 32 (4)
● <i>Bauen</i> «Subventionen an private Haushalte erteilen, die Investitionen für Energiesparmassnahmen treffen.»	60 : 33 (7)	42 : 49 (9)	51 : 41 (8) [46 : 43 (11)]	55 : 41 (4)	53 : 39 (8)	45 : 49 (6)

\* Die Zahlengruppen sind wie folgt zu verstehen: Die erste Zahl gibt die Zustimmung zur Forderung, die zweite die Ablehnung an; in Klammern sind die Unentschiedenen aufgeführt.

Auch bei den Subventionen wird der positive Trend gegenüber dem haushälterischen Umgang mit der Energie sichtbar. Am deutlichsten ist die gestiegene Unterstützungsbereitschaft beim öffentlichen Verkehr (+ 12 %); die Prioritäten, wie sie bereits 1983 festgestellt wurden, haben sich allerdings nicht geändert. Generell differiert der Zustimmungswert zwischen jenen, die zentralistische Verantwortlichkeiten oder föderalistische Lösungen bevorzugen, nur schwach. Grundsätzliche Gegner staatlicher Eingriffe bejahen Einzelmaßnahmen jeweils etwa 10 % unter dem Mittel. Qualitativ betrachtet, weicht endlich auch die Haltung der Gegner der Energie-Initiative nicht ab.

Subventionen sind allerdings nur eine Seite politischer Energiesparmaßnahmen. Finanzielle Mittel können nicht nur verteilt, sie müssen auch beschaffen werden. Insofern wird auch die Einstellung gegenüber speziellen *Energieabgaben* (vgl. *Tabelle 12*) relevant.

Tabelle 12 Einstellung zu verschiedenen Steuersystemen im Bereich des Energiesparens

Steuer- system	Stimmver- halten Energie- Initiative (N = Urnen- gänger)		Total (N = Be- fragte)	Landesteil		Parteisympathie				
	Ja	Nein		DS	WS	FDP/ CVP	LPS	SVP	SPS	Keine
● <i>Verbrauchssteuer</i> «Ja, Energiepreise etwas erhöhen für energiesparende Investitionen.»	40	22	27	30	19	21	17	24	41	25
● <i>Lenkungssteuer</i> «Ja, Energiepreise soweit erhöhen, dass Energiesparen erzwungen wird.»	15	8	12	13	8	10	11	5	12	13
● <i>Keine Energiesteuer</i> «Überhaupt keine Energiesteuer.»	33	56	46	46	47	60	60	61	36	43
● <i>Keine Meinung</i>	12	14	15	11	26	9	12	10	11	19

Zugunsten solcher Steuern sprechen sich gegenwärtig 39 % der Stimmberechtigten aus; etwas mehr, nämlich 46 % zeigen eine negative Haltung. Die verbleibenden 15 % haben keine festgelegte Meinung. Die Befürworter einer Abgabe lassen sich noch untergliedern: Knapp ein Drittel davon wünscht sich eigentliche Lenkungssteuern, mit denen das Energiesparen bewusst geregelt werden könnte. Zwei Drittel dagegen sehen die Steuer tiefer angesetzt und möchten sie zweckgebunden verwendet wissen. Unterschieden sich Befürworter und Gegner der Energie-Initiative in ihren Einstellungen zu Vorschriften und Subventionen wenig, so verdeutlichen sich die Fronten bei der Frage einer Energiesteuer: 55 % auf der Seite der Ja-Stimmenden stehen ihr ausdrücklich positiv gegenüber; rund ein Drittel schien offen-

bar nicht realisiert zu haben, dass sie mit ihrem Ja zur Energie-Initiative gegen ihre Steuerhaltung stimmten. Bei den Nein-Stimmenden sinkt der Anteil von Steuer-Befürwortern auf 30 %. Eine Mehrheit widersetzt sich hier jeglichen Abgaben. Ähnlich verlaufen die Fronten nach politischen Sympathien: SPS-Anhänger unterstützen, wenn auch eher zweckgebunden, eine Energieabgabe. Bürgerliche Anhänger und parteipolitische Ungebundene lehnen diese deutlich stärker ab.

Der Vergleich mit 1983 ist nicht ganz unproblematisch, da die Fragen nicht ganz identisch gestellt waren. Nimmt man den Grundgehalt beider Untersuchungen, wird man sinnvollerweise von wenig veränderter oder leicht sinkender Ablehnung von Energiesteuern sprechen können. 54 % lehnten vor 18 Monaten eine Energieabgabe ab. Die kleine Veränderung findet ihre Erklärung am ehesten in der welschen Schweiz. Eher überraschend glich sich der stärkere Widerstand aus dem Jahre 1983 der Deutschschweizer Haltung an. Ein Viertel aller französisch Sprechenden, die befragt wurden, wollte sich allerdings nicht äussern.

### 5) Einstellungen zur Kernenergie

Abschliessend sei noch die Frage erörtert, wie Einstellungen bezüglich der Kernenergie verteilt sind. Zu diesem Zweck wurde vorerst eine erprobte Grundsatz-Frage zu *Atomkraftwerken* gestellt. Sie gab den Interviewten die Möglichkeiten, sich als Befürworter oder Gegner zu situieren. Durch die vorgegebenen Aussagen wurde auch versucht, jeweils konsequente und gemässigte Positionen zu unterscheiden.

Die gebildeten Gruppen haben in der stimmberechtigten Bevölkerung die folgenden Stärken (vgl. *Tabelle 13*): 40 % zeigen sich eher positiv eingestellt zu Kernkraftwerken. Der weitaus grössere Teil davon wünscht allerdings einen massvollen Ausbau. Das Argument, wenn es nötig sei, könne man noch ein weiteres Kernkraftwerk bauen, unterstützen gegenwärtig 32 % der Stimmberechtigten; einen unbegrenzten Ausbau befürworten 8 %. Im Vergleich zum Februar 1983 sind nur kleine Abweichungen feststellbar; von einem klar ersichtlichen Trend in den vergangenen 18 Monaten kann — im Unterschied etwa zu den 70er Jahren — gegenwärtig nicht die Rede sein.

Eine eher negative Einstellung zu Atomkraftwerken haben 54 % der Stimmberechtigten. Rund vier Fünftel davon wünschen, dass keine weiteren AKWs gebaut werden. Radikale Gegner sind im fünften Fünftel vertreten: Sie möchten zusätzlich zum Baustop alle bereits bestehenden AKWs stilllegen. Nimmt man auch hier die Erhebung vom Februar 1983 als Vergleichsmaßstab, so zeigt sich eine Verlagerung der konsequenten AKW-Gegnerschaft zu gemässigten Positionen. Gesamthaft bleibt jedoch auch der Anteil Stimmberechtigter mit negativen Einstellungen zu AKWs konstant. Im Vergleich zu den 70er Jahren scheint sich das Anwachsen der Gegnerschaft auf relativ hohem Niveau stabilisiert zu haben.

Die Analyse nach Merkmalsgruppen zeigt bei den von uns verwendeten regionalen und demografischen Indikatoren nur tendenzielle Unterschiede. Wesentlich deutlicher werden

die Fronten, wenn man nach politischen Sympathien gliedert: Bürgerliche Anhänger haben mehrheitlich eine positive Einstellung zu Kernkraftwerken; die Linke und partei-unabhängige Urnengänger dagegen nehmen mehrheitlich eine negative Haltung ein.

Tabelle 13 Grundeinstellung zu Atomkraftwerken

Frage	Total (N = Befragte)		Stimmverhalten Atom-Initiat. (N = Urnengänger)		
	Sept. 84	[Febr. 83]	Ja	Nein	
«Man kann ohne weiteres noch einige Atomkraftwerke bauen.»	8 40	(6) (41)	9 46	1 10	16 75
«Wenn nötig, kann man noch ein Atomkraftwerk bauen.»	32 40	(35) (41)	37 46	9 10	59 75
«Man sollte keine weiteren Atomkraftwerke bauen.»	43 54	(37) (54)	39 51	66 88	16 20
«Man sollte keine weiteren Atomkraftwerke bauen und alle bereits bestehenden stilllegen.»	11 54	(17) (54)	12 51	22 88	4 20
Keine Meinung, keine Angabe	6	(5)	3	2	5

Stehen die hier ermittelten Verhältnisse mit einer knappen Mehrheit negativer Einstellungen im Widerspruch zum Abstimmungsergebnis? — Genau untersucht: Nein! Vorerst ist zu betrachten, dass Stimmberechtigte und Urnengänger verglichen werden. Unter den Urnengängern verschieben sich die Einstellungsverhältnisse. Hier haben 46% eine positive, 51% eine negative Einstellung, 3% geben auf unsere Frage keine Antwort. Die Erklärung für die verbleibende Diskrepanz kann auf der Unterscheidung von Grundeinstellung und Verhaltensweise gefunden werden. Die weiter oben erläuterten Entscheidungsmotive geben dazu den Schlüssel. Nebst ausgesprochen positiver Haltung zu Kernkraftwerken, führten demnach idealtypisch zwei weitere Wege zur Ablehnung der Atom-Initiative: Vorerst konnten jene unterschieden werden, welche das Ausmass der Initiative kritisierten, ohne sich damit zu ihrer Einstellung zu Atomkraftwerken zu äussern. Weiter fand sich auch eine Gruppe, welche weitere Sparmöglichkeiten ausschloss und von daher bereit sein konnte, auch bei kritischer Einstellung zu Atomkraftwerken gegen die Atom-Initiative zu stimmen.

Die hier aufgeworfene Fragestellung wird durch die Kreuzung von Einstellung und Stimmverhalten bestätigt: 20% der Nein-Stimmenden sind eher negativ, aber nur 10% der Ja-Stimmenden eher positiv zu Kernkraftwerken eingestellt. Die Grundeinstellung und das Stimmverhalten sind bei ihnen nicht konsistent, weil sich u.a. der Abstimmungsentscheid auch nach den wahrgenommenen Möglichkeiten einer Veränderung orientierte.

In verwandter Richtung muss auch die zweite von uns gestellte Einstellungsfrage verstanden werden. Sie setzt — wiederum losgelöst von perzipierten Realisierungschancen — bei den Wunschvorstellungen der zukünftigen Energieversorgung an. Dabei standen den Befragten drei Szenarien zur Auswahl: Fortsetzung des Ausbaues von Kernenergie, neue Anstrengungen zugunsten konventioneller Energieträger sowie die verstärkte Förderung von Alternativ-Energien (vgl. *Tabelle 14*). Unter den Stimmberechtigten befürwortet zirka je ein Viertel primär eine der beiden ersten Optionen; gut 40% setzen dagegen ihre Hoffnungen auf Alternativ-Energien. In den beiden Landesteilen sind die Unterschiede eher gering. Dagegen ergeben sich deutlichere Fronten, wenn nach Parteisympathien gegliedert wird: SPS-Anhänger wünschen sich am eindeutigsten die Förderung von Alternativ-Energien. CVP- und SVP-Anhänger verteilen sich praktisch gleichwertig auf alle drei Optionen. Die FDP-Sympathisanten endlich wünschen sich in erster Linie die weitere Förderung der Kernenergie, möchten sich aber praktisch gleichwertig Möglichkeiten neuer Entwicklungen der Alternativ-Energie offen halten.

Tabelle 14 Einstellung zu verschiedenen Szenarien der zukünftigen Energieentwicklung

«Wenn ich an die zukünftige Energie-Situation in der Schweiz denke, dann wünsche ich vor allem . . .»	Total (N = Befragte)	Landes-		Parteisympathie				
		DS	WS	FDP/ CVP	LPS	SVP	SPS	Keine
● <i>Konventionelle Energieträger</i> ... Energiesparen und gleichzeitig stärkere Nutzung der herkömmlichen Energiequellen Wasser, Gas, Kohle und Erdöl	27	31	17	30	22	32	25	29
● <i>Kernenergie</i> ... Energiesparen und vor allem Produktion von Kernenergie / Atomstrom, um vom Erdöl weniger abhängig zu werden	23	22	26	34	35	31	13	22
● <i>Alternative Energieträger</i> ... rigoroses Energiesparen, keine neuen Kraftwerke und intensive Forschung nach neuen Energiequellen wie Erdwärme, Sonnenenergie, Wind und Holz	43	42	47	31	34	32	60	39
● Keine Meinung	7	5	10	5	9	5	2	10

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 23. September 1984*

*Zusammenfassung*

Die beiden Energie-Vorlagen, welche am 23. September 1984 zur Abstimmung kamen, wurden vergleichsweise relativ knapp verworfen. Die Resultate unserer Befragung zeigen, dass bei der Atom-Initiative knapp die Hälfte der Gegner aus bewusster Befürwortung von Kernkraftwerken «Nein» stimmte. Noch etwas verbreiteter war das Sachzwang-Motiv, wonach zur bestehenden Kernenergiepolitik keine Alternative bestehe. Umgekehrt rückten die Befürworter der Atom-Initiative ungelöste Probleme wie Abfallagerung und Unfallgefahr in den Vordergrund. Bei der Energie-Initiative waren die Argumente mehr gegen den Inhalt gerichtet; insbesondere wurden das Ausmass der Vorlage und die Energiesteuer kritisiert. Die Befürworter waren sich in der ablehnenden Haltung des Bestehenden einig. Sparen, effizienter nutzen und Förderung von neuen Energiequellen sind ihre Antworten.

Die Analyse von Konfliktlinien legt das Gewicht auf die parteipolitische Polarisierung: Bürgerliche Anhänger stimmten mehrheitlich gegen die Vorlagen, die Linke dagegen deutlich dafür. Bei einer gespaltenen Situation ist das Verhalten der Ungebundenen entscheidend. Dieser Drittel stimmte knapp gegen die beiden Initiativen. Werden diese Verhältnisse mit den Ergebnissen bei der ersten Atom-Initiative verglichen, zeigt sich eine zunehmende Polarisierung entlang der Parteien. Mit Ausnahme der Bezirke, die durch den Bau von Atomanlagen direkt betroffen sind, nimmt dagegen der regionale Aspekt eher ab. Die Unterschiede zwischen den Sprachgruppen sind kleiner geworden.

Ein weiterer Teil der Untersuchung beschäftigte sich mit den Einstellungen gegenüber dem Energiesparen. Unsere Befragung zeigt, dass eine Mehrheit gegenüber Etikettierungen und Zulassungsbeschränkungen von elektrischen Geräten positiv eingestellt ist. Abgelehnt werden dagegen dirigistische Massnahmen. Vergleicht man mit den Resultaten, die im Anschluss an die Abstimmung über den Energie-Artikel erhoben worden sind, kann eine zunehmende Unterstützungsbereitschaft gegenüber Stromsparmassnahmen festgehalten werden. Auch bei den Einstellungen gegenüber Subventionen im öffentlichen Verkehr und der Energieforschung zeigt sich die gestiegene Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Eher skeptisch allerdings ist die Haltung gegenüber neuen Steuern auf der Energie, seien sie als Lenkungsmassnahmen verstanden oder zweckgebunden.

Bei den Einstellungen gegenüber Kernkraftwerken hat sich gegenüber 1983 wenig verändert. Nach wie vor haben 54% der Stimmberechtigten eine eher negative Haltung. Unter den aktuellen Urnengängern gleichen sich die Verhältnisse leicht an. Wenn die Atom-Initiative trotzdem verworfen wurde, illustriert dies die Bedeutung, welche die Wahrnehmung von Veränderungschancen haben. Hier macht sich ein eher skeptischer Grundton bemerkbar.

---

*Analyse de la votation du 23 septembre 1984*

*Récapitulation des résultats principaux*

Les deux initiatives énergétiques soumises au verdict populaire, le 23 septembre 1984, ont été rejetées par une faible majorité du corps électoral. Les résultats de notre sondage indiquent que la moitié des adversaires de l'initiative antinucléaire a motivé son refus par le peu d'alternatives présentées à ce jour en matière d'énergie de substitution. Une proportion à peu près identique d'opposants a estimé que les centrales nucléaires offraient suffisamment de garanties sur le plan de la sécurité et souligné les avantages qui en résultent pour la sauvegarde de notre environnement ainsi que pour le développement de notre économie. A l'inverse, les partisans ont été sensibilisés avant tout par les arguments évoquant les problèmes en suspens de l'entreposage des déchets radioactifs. Quant à l'initiative relative à l'approvisionnement énergétique, ses détracteurs ont stigmatisé le caractère centralisateur du projet et l'introduction d'un impôt sur l'énergie, tandis que ses adeptes ont motivé leur oui par la nécessité de promouvoir une nouvelle politique énergétique.

L'analyse portant sur le comportement électoral montre qu'un clivage s'est opéré d'une part sur le plan régional et d'autre part au niveau de la sympathie partisane. Alors que les électeurs proches des formations bourgeoises se sont prononcés contre les deux objets, les trois quarts des sympathisants des partis de gauche ont accepté les deux initiatives. Pour leur part, les électeurs sans attache partisane les ont rejetées de justesse. Si l'on compare ces données à celles obtenues à l'occasion du scrutin sur l'initiative atomique en 1979, force est de constater que le clivage politique s'est quelque peu renforcé au détriment des aspects régionalistes.

A l'instar de ce que nous avons déjà entrepris lors du vote concernant l'introduction d'un article constitutionnel sur l'énergie en 1983, nous avons jugé utile de sonder à nouveau les interviewés sur leur attitude face à la problématique des économies d'énergie. Notre analyse montre que la plupart d'entre eux serait favorable à une meilleure information dans l'utilisation des appareils électriques et à des prescriptions, portant notamment sur l'isolation des bâtiments. Ils sont opposés en revanche à des mesures visant à interdire par exemple l'emploi d'un chauffage d'appoint. A la différence des résultats enregistrés lors de notre sondage de février 1983, il semblerait que la population suisse soit davantage sensibilisée aux questions ayant trait à la promotion d'économies d'énergie. Par ailleurs, nombre d'interviewés ont jugé nécessaire de renforcer les subventions destinées à la recherche énergétique et aux transports publics. Quant à la question controversée de l'implantation de nouvelles centrales nucléaires, ils ont adopté, tout comme en 1983, une attitude plus que réservée. Le développement de nouveaux agents énergétiques semblerait les combler davantage, bien que, en réponse aux questions portant sur une inclinaison éventuelle de notre politique énergétique, la majorité des interviewés fasse preuve à cet égard de scepticisme.



**PP**  
**8001 Zürich**

**Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:**

Spenden von 2000 Franken und mehr:

*Firmen/Verbände:* SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

*Firmen/Verbände:* Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

*Staatliche Stellen:* Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200–400 Franken:

*Firmen/Verbände:* Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

*Staatliche Stellen:* Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des  
**FORUM HELVETICUM**

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87  
Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet